

dings noch wichtiger: Überzeugt seine Beweisführung, sein methodischer Ansatz? In Rezensionen großer Tageszeitungen wurde ihm jedenfalls bescheinigt, daß er es sich mit den Einwänden nicht leicht gemacht und die oft verdrängte Frage nach dem ewigen Leben mit einladenden Gründen ins Gespräch gebracht habe. Dem ist sicher zuzustimmen.

Dennoch können der Schwung und die Ernsthaftigkeit, mit der Küng sein Plädoyer für den Glauben an das ewige Leben unternimmt, einige *kritische Stellen im Argumentationsgang* nicht verdecken. Gibt es angesichts der Frage nach einer Vollendung von Mensch und Welt wirklich nur die beiden von Küng herausgearbeiteten Optionen, zwischen denen eine Entscheidung unausweichlich ist? Gibt es im Blick auf die Ambivalenz unserer Wirklichkeitserfahrung nicht auch durchaus redliche Zwischenpositionen? Nicht jeder, der sich zum expliziten Vertrauen auf ein ewiges Leben nicht aufschwingen kann, hat sich damit dafür entschieden, daß mit dem Tod alles aus sei: das Ausgreifen auf so etwas wie ein ewiges Leben kann sich in sehr vorsichtig-indirekten Formen äußern. Ein Zweites: Küng entwirft die beiden Optionen für oder gegen ein ewiges Leben zunächst formal, um als inhaltliche Füllung der positiven Entscheidung dann die biblische Botschaft von der Auferweckung Jesu zu entfalten. Gerade weil er sich darum bemüht, das spezifisch Christliche gegenüber den Auskünften anderer Religionen über das Jenseits abzugrenzen, stellt sich die Frage, ob damit nicht ein Stück Beweisgang übersprungen und zu unvermittelt biblisch argumentiert wird. Schließlich entgeht Küng, obwohl er den bleibenden Zusammenhang von Kreuz und Auferstehung mit Recht betont, nicht ganz der Gefahr, das ewige Leben (man nehme vor allem das Schlußkapitel) zu überschwänglich harmonisierend als Lösung aller Rätsel und Überwindung aller Konflikte herauszustellen. Hier wäre weniger vielleicht mehr gewesen.

Bleibende Aufgaben

Man sollte es sich allerdings nicht zu leicht machen: Die Probleme, mit denen Küng in seinem Buch zu kämpfen

hat, seien sie inhaltlicher oder methodisch-hermeneutischer Art, stellen sich unausweichlich jedem Reden über die letzten Dinge, besonders im Gespräch mit säkularisierten Zeitgenossen. Nur treten manche davon in einem *eklektischen*, auf Breitenwirkung angelegten *Buch* wie „Ewiges Leben?“ besonders klar zutage, und sie haben teilweise auch mit Küngs spezifischem *theologischem Ansatz* zu tun, der schon in seinen letzten Büchern zugrunde lag. Sein diesmal kurz umrissenes „hermeneutisches Konzept einer ökumenischen Theologie“ („Die heutige Erfahrung als Horizont und die biblische Botschaft ... als Zentrum und Kriterium“, 103) bedürfte jedenfalls einer genaueren methodischen Erörterung.

Eine *Grundschwierigkeit* heutiger Aussagen über das ewige Leben ist nach wie vor *hermeneutisch-sprachlicher Art*. Gleich ob man sich an die überlieferten Bilder und Symbole hält und sie durch entsprechende Erläuterungen abzusichern versucht, ob man sich stärker um heute nachvollziehbare Konkretionen bemüht (etwa aus der physikalischen Kosmologie, der Philosophie oder der Psychologie) oder ob man eschatologische Aussagen auf ihren unanschaulichen Kern als endgültige Gottesbegegnung reduziert: es bleibt jeweils ein beträchtlicher Rest an Verlegenheiten und möglichen Mißverständnissen.

Ein Zweites: Die Schwierigkeiten mit dem Glauben an ein ewiges Leben, wie er von den christlichen Kirchen bekannt und verkündet wird, hängen nicht nur mit fehlenden Vorstellungsmodellen und sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten zusammen. Vielmehr haben sie auch mit der *gegenwärtigen Situation des Glaubens an Gott und an Jesus Christus* zu tun. Wo Gott in der Wirklichkeit kaum vorkommt, fällt es schwer, auf seine Macht über den Tod hinaus und auf seine Geschichtsmächtigkeit zu vertrauen. Gerade weil der Glaube an ein ewiges Leben im christlichen Verständnis nicht von den ersten beiden Artikeln des Glaubensbekenntnisses losgelöst werden darf, kann er dem Zeitgenossen deshalb auch nicht isoliert nahegebracht oder andemonstriert werden. Insofern ist auch ein verstärktes Interesse an Religion noch kein Garant dafür, daß man sich künftighin nicht nur irgendwelchen Jenseits-spekulationen, sondern dem christlichen Glauben, bereitwilliger öffnen wird.

Ulrich Rub

Kurzinformationen

Die vatikanische Kongregation für das katholische Bildungswesen veröffentlichte am 15. Oktober ein Dokument mit dem Titel „Der katholische Laie – Zeuge des Glaubens in der Schule“. Das umfangreiche Dokument (Wortlaut im „Osservatore Romano“ 16. 10. 82) stellt einleitend fest, die katholischen Laien hätten in der Schule während der letzten Jahre eine *immer größere Bedeutung* bekommen. Es erinnert an die Grundaussagen des Konzils über die Rolle des Laien in der Kirche, die auch für ihre Berufung

in der Schule Geltung hätten. In der heutigen pluralistischen Welt sei der katholische Lehrer dazu aufgerufen, das eigene Handeln am christlichen Bild vom Menschen auszurichten. Der katholische Laie in der Schule müsse seine Aufgabe in der Gemeinschaft der Schule mit der größtmöglichen beruflichen Qualifikation und in seiner vom Glauben an die ganzheitliche Bildung des Menschen orientierten apostolischen Absicht ausüben. Er müsse davon überzeugt sein, am Heiligens- und Erziehungs-

auftrag der Kirche mitzuwirken. Betont wird die Notwendigkeit eines *glaubwürdigen Zeugnisses* und des Bemühens um persönlichen Kontakt mit den Schülern. Das Dokument spricht zunächst von der katholischen Schule als dem Ort, „an dem der katholische Laie seine volle Berufung mit der größten Freiheit“ verwirklichen könne. In anderen Schulen sei die Präsenz des katholischen Laien oft die einzige Präsenz der Kirche überhaupt. Der katholische Lehrer müsse dort seinen Stoff in der Sicht des christlichen Glaubens darbieten. Das Dokument handelt auch ausführlich von der *Ausbildung* des katholischen Lehrers, wobei es sowohl auf die berufliche Qualifikation wie auf die religiöse Formung abhebt. Hervorgehoben wird ebenso die Notwendigkeit einer ständigen Weiterbildung in ihren verschiedenen Formen. Da sich der katholische Laie in der Schule oft unverstanden fühlen könne, müsse er immer auf die Hilfe der Kirche rechnen können. Alle sollten wissen, daß ohne den katholischen Lehrer (die Religionslehrer werden in einem eigenen Abschnitt angesprochen) der Glaubenserziehung eine ihrer Grundlagen fehlen würde.

Hauptgegenstand der diesjährigen Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda waren weltkirchliche Fragen. Dabei wurden allerdings Ostfragen ausgeklammert. Beraten wurde auf einem eigenen Studientag ausschließlich über die Nord-Süd-Beziehungen. Ein wichtiger Punkt in den Beratungen des Studientags war die Erkenntnis, daß zwar vor allem unter der Jugend eine große *Hilfsbereitschaft* gegenüber Kirchen und Ländern der Dritten Welt bestehe, das Interesse dafür aber sehr viel leichter durch Hilfsappelle zur Linderung leiblicher Not als für Verkündigungsaufgaben der Kirche zu wecken sei. Andererseits – das ergab die auf der Herbstvollversammlung zur Veröffentlichung freigegebene Umfragestudie zum Verhalten der deutschen Katholiken gegenüber den Dritte-Welt-Beziehungen (vgl. ds. Heft, S. 528) – konnten die Bischöfe darauf hinweisen, daß kirchliche Bindungen die Bereitschaft zu Spenden für Entwicklungshilfe wesentlich beeinflussen. Sorgenvoll äußerten sich die Bischöfe zum *Rückgang der Zahl der Missionare und Ordensschwester*. Zur Zeit seien „mit bedrohlich sinkender Tendenz aus deutschen Diözesen“ noch 7528 Missionskräfte in Übersee tätig, davon 1952 Missionspriester, 4678 Missionsschwester, 648 Laienbrüder, 250 Diözesanpriester und 104 Entwicklungshelfer. Mit zwei überseeischen Ländern befaßten sich die Bischöfe in einem eigenen Geschäftsordnungspunkt: mit den Vorgängen im *Libanon* und mit den fortdauernd inneren Unruhen in *Uganda*, die auch die Zukunft der Kirche in diesem Land unsicher machen. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die gegenwärtige *Friedensdiskussion*. Es wurde beschlossen, dazu eine eigene Stellungnahme herauszugeben. Sie soll zu Beginn nächsten Jahres veröffentlicht werden. Verabschiedet wurde neben einer neuen Rahmenordnung für das theologische Lehramtsstudium (vgl. ds. Heft, S. 567) ein Hirtenwort „Wähle das Leben“, das als Begleitwort zur gleichnamigen Aktion (vgl. HK, August 1982, 373 ff.) dienen sollte und am 10. Oktober in allen Kirchen verlesen wurde. Eingeleitet wurde die Vollversammlung durch ein Referat Kardinal Höffners über das Zukunftsverständnis (innergeschichtlich und eschatologisch) der Kirche und die Zukunftsaufgaben, die sich für die christliche Verkündigung unter den Bedingungen einer säkularen Umwelt mit konkurrierenden Weltanschauungssystemen ergeben.

Bei ihrer Herbstvollversammlung vom 20. bis 23. September in Fulda verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz eine Rahmenordnung für das theologische Lehramtsstudium. Die „Kirchli-

chen Anforderungen an die Studiengänge für das Lehramt in Katholischer Religion an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen bzw. in der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II“ sollen bei der Erstellung oder Veränderung von einschlägigen Studien- und Prüfungsordnungen von jetzt an als kirchliche Rahmenvorgabe zugrunde gelegt werden. In seinem Vorwort betont Kardinal *Joseph Höffner*, die Bischöfe wollten mit dieser Rahmenordnung einen Beitrag dazu leisten, das theologische Studium der Religionslehrer zu fördern und zu profilieren. Als Begründung für die Vorlage der Anforderungen wird angeführt, daß sich in den letzten Jahrzehnten die Lehramtsstudiengänge in Katholischer Religion in den einzelnen Bundesländern nach Umfang und Struktur *auseinander entwickelt* hätten: „Zuweilen drohten einzelne Studiengänge auf ein Anspruchsniveau abzusinken, das eine qualifizierte Befähigung zur Aufgabe eines Religionslehrers nicht mehr gewährleisten konnte.“ Im einzelnen legt die Rahmenordnung die *Sprachanforderungen* fest und listet *Studien- und Prüfungsinhalte* für das Lehramt in der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II auf. Folgende Fächer sind aufgenommen: Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Fundamentaltheologie, Dogmatik, Moraltheologie, Christliche Sozialwissenschaften, Pastoraltheologie, Religionspädagogik, Liturgiewissenschaft, Kirchenrecht und Philosophie. Wie die angegebenen Inhalte den Hochschullehrern zugeordnet würden, müsse örtlich geklärt und festgelegt werden. Wo nicht alle Pflichtinhalte in Vorlesungen und Seminaren angeboten werden könnten, soll ein „pflichtgemäßes Selbststudium“ festgesetzt werden, um die unverzichtbaren Studieninhalte als Prüfungsgegenstände sicherzustellen. Das gesamte Angebot in Katholischer Theologie für die Lehramtsstudiengänge bedürfe einer angemessenen didaktischen Ausrichtung. „Das Lehrangebot muß sicherstellen, daß eine wissenschaftlich verantwortete, praxisbegleitende Einführung in religionspädagogische oder katechetische Vollzüge stattfindet.“ Die Zahl der Semesterwochenstunden wird für den Lehramtsstudiengang katholische Theologie für die Sekundarstufe I auf 40, für die Sekundarstufe II auf 70 festgesetzt. Eine ähnliche Rahmenordnung für den Studiengang für die Grundschule bzw. die Primarstufe soll später folgen.

Am 14. Oktober wurde eine Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung zu sozialetischen Problemen der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die umfangreiche Studie mit dem Titel „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ analysiert die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und skizziert *Ursachen* für diese Situation. Sie kommt bei der Untersuchung längerfristiger und zukünftiger *Strukturveränderungen in der Arbeitswelt* zu dem Schluß: „Wie man die verfügbaren Daten auch dreht und wendet ... das Beschäftigungsproblem bleibt bis zum Ende dieses Jahrhunderts und möglicherweise darüber hinaus bestehen.“ Es wird betont, daß Arbeitslosigkeit in der Perspektive christlicher Ethik nicht einfach als schicksalhaftes Geschehen hingenommen werden dürfe. Die Kirche müsse einerseits Menschen aus einer Situation helfen, „die für sie einen teilweisen Ausschluß aus der Arbeitsgesellschaft bedeutet“, andererseits müsse sie jedoch auch deutlich machen, daß der Mensch mehr sei als die Arbeit und daß der modernen „Arbeitsreligion“ widersprochen werden müsse. Aus einem Rückblick auf das biblische Verständnis von Arbeit gewinnt die Studie als *Kriterien für die Sicherung einer menschenwürdigen Beschäftigung*: „Freiheit, Teilhabe, Solidarität, Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeit künftiger Generationen“. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sollten in einer Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen bewältigt werden. Als kurzfristige Lösungsansätze werden Forderungen an den Staat,

an Arbeitgeber (z. B. Errichtung von Teilzeitarbeitsplätzen, mittelfristig orientierte Personalpolitik) und an die Gewerkschaften (z. B. differenzierte Lohnpolitik nach Branchen und Regionen, keine Fixierung auf Einkommenszuwachs in Tarifauseinandersetzungen) formuliert. Unter „*Weiterreichende Problemzusammenhänge*“ stellt die Studie die Frage, ob wir uns nicht in Zukunft auf grundlegend veränderte Arbeitsmarktbedingungen einstellen müßten, und gibt Empfehlungen unter der Annahme, daß das für einen ausreichenden Beschäftigungsstand notwendige reale Wirtschaftswachstum auf absehbare Zeit nicht erreicht werden kann: Gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit, Schaffung eines „Zweiten Arbeitsmarkts“ für Problemgruppen, Sozialpolitik ohne falsche Privilegien. Im letzten Teil der Studie werden *Aufgaben und Möglichkeiten der Kirche* behandelt: Sie könne beispielsweise als Arbeitgeber neue Regelungen der Arbeitsbedingungen exemplarisch erproben.

Eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „*Ängste überwinden – zur Nachbarschaft finden*“ veröffentlichten am 21. September der Ökumenische Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger und der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Darin werden alle „verantwortlich denkenden Deutschen“ aufgefordert, rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten und einem „*von neuem erwachenden deutschen Nationalismus*“ zu widerstehen. Unter dem Hinweis auf ausländerfeindliche Flugblätter und auf „Ausländer-raus“-Initiativen bezeichnen die Autoren nationalistische und rassistische Kreise als Urheber solcher Stimmungsmache. Rechtsextremistische Gruppierungen, die mit ihrer Hetze bei Kommunalwahlen in den letzten Jahren unterschiedliche Erfolge verbucht hätten, schürten bei den Bundesbürgern Ängste vor Überfremdung, Arbeitsplatz-Konkurrenz und Wohnungsnot. Dies sei verhängnisvoll und habe das deutsche Volk in diesem Jahrhundert bereits einmal ins Verderben gestürzt. *Sprache und Kultur* sind nach Ansicht von DGB und Kirchen bisher keineswegs überfremdet und *nur wenig durch Ausländer beeinflusst worden*. Der „Einfluß Amerikas“ habe die Lebensgewohnheiten der deutschen Bevölkerung in den letzten dreißig Jahren wesentlich stärker verändert. Die Gastarbeiter seien im Interesse der Wirtschaft und mit Zustimmung aller relevanten Gruppen der Gesellschaft angeworben worden. Sie hätten viel zum Wohlstand des Landes beigetragen und ihre Familien auf legalem Wege in die Bundesrepublik nachgeholt. In der Erklärung werden die Bürger der Bundesrepublik u. a. aufgefordert, im Bekanntenkreis ausländerfeindlichen Vorstellungen zu widersprechen, Leserbriefe zu schreiben, persönliche Kontakte zu Ausländern zu verstärken und in Ausländergruppen mitzuarbeiten. Protestiert werden solle gegen ausländerfeindlich-einseitige Berichte in den Medien und gegen menschenverachtende Witze über Ausländer.

Anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums des schweizerischen Zweiges der Päpstlichen Missionswerke (Missio) veröffentlichten die Schweizer Bischöfe am 20. Jahrestag der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils ein Wort „*zum missionarischen Auftrag der katholischen Kirche in der Schweiz*“. Der ausführliche Text spricht einige kirchliche und gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte an und situiert, entsprechend seinem Titel „Gute Nachricht für alle Kulturen und Religionen“, darin sein *inklusives* Missionsverständnis: „Wo Heil ist, dort ist ‚allumfassende Kirche‘, die unsichtbare Gemeinde der Erlösten. Diese *umfassende Kirche* wird in der sichtbaren Glaubensgemeinschaft erfahrbar. Sichtbare Kirche macht die tiefe Wirklichkeit der einen Menschheits-

geschichte anschaulich und treibt sie voran. Das ist ihr Missionsauftrag. Sie schafft nicht einfach das Heil der Menschen; sie führt vielmehr den Menschen in jenes Geheimnis ein, welches sein Leben immer schon ist.“ Auf dieser Grundlage umschreiben die Bischöfe den missionarischen Auftrag der katholischen Kirche in der Schweiz als *Mitwirkung am Missionsauftrag der Gesamtkirche*: „Der erste missionarische Auftrag ist es, daß unsere Ortskirchen das Evangelium hier in der Schweiz bezeugen.“ Dieses Zeugnis bestehe darin, das Heilswirken Gottes in „lebendigen und missionarischen Gemeinden“ (*Pastoralforum 1981*) anschaulich und intensiv erfahrbar zu machen. „Der zweite missionarische Auftrag besteht darin, daß wir an der Gründung und am Aufbau neuer Ortskirchen in der Welt mitwirken.“ Gerade dadurch, daß inmitten aller Kulturen und Religionen eigene Ortskirchen gegründet und aufgebaut werden, mache die Kirche die tiefere Wirklichkeit der einen Menschheitsgeschichte anschaulich und wirke auf sie ein. „Der dritte missionarische Auftrag besteht im Beistand und Austausch zwischen den Ortskirchen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.“ Von diesem Austausch erwarten die Bischöfe einen geistlichen Beistand durch die Jungen Kirchen und eine Unterstützung der Jungen Kirchen auf ihrem Weg zur Selbständigkeit. „Der vierte missionarische Auftrag ist die Solidarität mit allen Menschen im Geist Christi, der eint und befreit.“ In diesem Zusammenhang stelle sich „besonders drängend die Frage, was es heute bedeutet, Kirche Jesu Christi in der Schweiz zu sein“. „Wie kann da die Kirche ihre eigenen Grenzen überschreiten und ihre Solidarität zum Ausdruck bringen?

Der Ständige Rat der Französischen Bischofskonferenz veröffentlichte am 27. September eine Erklärung zur wirtschaftlichen Situation des Landes. Die in der französischen Öffentlichkeit intensiv und kontrovers diskutierte Erklärung mit dem Titel „*Pour de nouveaux modes de vie*“ geht von der schwierigen *wirtschaftlichen Lage* Frankreichs auf dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise aus, die gleichzeitig als eine *Wertekrise* beschrieben wird. Auf die Frage, warum sich die Kirche zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen äußere, antwortet die Erklärung mit dem Hinweis auf die Pflicht der Kirche, die Frohe Botschaft vom Heil in Jesus Christus zu verkünden. Diese Aufgabe dränge die Bischöfe dazu, Verhaltensweisen ins Gespräch zu bringen, die von der Nächstenliebe des Evangeliums und vom christlichen Sinn für Solidarität, Gerechtigkeit und Ausgewogenheit inspiriert seien. Es sei zunächst unerlässlich, daß sich alle Bürger des Landes ein *realistisches Bild* vom Zustand der Welt und von der Lage in Frankreich verschaffen. Die Erklärung nennt einige weitverbreitete *Verhaltensweisen*, die während der Jahre des wirtschaftlichen Wachstums beherrschend gewesen seien und jetzt überwunden werden müßten: Das Bestreben, um jeden Preis das Lebensniveau der jeweils höheren gesellschaftlichen Schicht zu erreichen, das Streben nach der Absicherung von Gruppeninteressen, der Mißbrauch eines unübersichtlich gewordenen Systems der sozialen Sicherheit: „Das Weiterbestehen einer solchen Geisteshaltung würde verhindern, daß, wie es notwendig wäre, Arbeit und Einkommen gerecht geteilt werden.“ Die Konfrontation mit dem Evangelium nötige zu neuen Verhaltensweisen. In der gegenwärtigen Situation widersprächen Demagogie, Überbewertung von Gruppeninteressen, Egoismen und das Abschieben der Verantwortung auf einen Sündenbock dem Evangelium. Die Erklärung nennt eine ganze Reihe von *konkreten Vorschlägen*, die „anspruchsvoll und realistisch“ seien: In Haushalten mit Mehrfachverdienst könnte man auf einen Verdienst verzichten; über Möglichkeiten der Teilzeitarbeit sollte stärker nachgedacht, die Schwarzarbeit bekämpft werden. Wer gegenwärtig Geld anlegen

könne, solle sich nicht nur an der Rendite, sondern auch am sozialen Nutzwert einer Anlage orientieren. Außer für die Minderbemittelten sei gegenwärtig die Verteidigung des Lebensstandards nicht das vorrangigste Ziel.

Eine sieben Mann starke anglikanische Arbeitsgruppe hat im Auftrag des „Ausschusses für soziale Verantwortung“ unter dem Titel „The Church and the bomb“ einen Report herausgegeben, der neben der Forderung einseitiger Abrüstung eine entschiedene Absage an Kernwaffeneinsatz und -besitz enthält. Der in Buchform veröffentlichte Report soll der im Februar tagenden anglikanischen Generalsynode zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, hat den Bericht bereits ärgerlich als „einseitig“ und als „Versuch privater Einzelpersonen, ihren ehrlichen Ansichten offiziellen Status zu verleihen“, kritisiert. Er ist offenbar bemüht, die heute mit Fragen ihrer Strukturen und Glaubenspraxis, die vor allem die weitere Annäherung an die protestantischen Kirchen oder an Rom betreffen, genügend belastete Kirche vor einem weiteren politisch explosiven Streit zu bewahren. Runcie selbst lehnt den „Unilateralismus“ ab, weil dieser zur Auflösung des westlichen Bündnisses führen könne, hat sich aber für das Verbot der Kernwaffenmächte und verstärkte Bemühungen gegen Proliferation eingesetzt. Der inzwischen neuernannte Vorsitzende des Ausschusses für soziale Verantwortung, *Graham Leonard*, der der (im kirchlichen Sinn) konservativen Richtung angehörige Bischof von London, hat sich geweigert, einen „Gegenbericht“ vorzubereiten. Die konservative Richtung ist bemüht, die Kirche davon abzuhalten, sich in dieser moralisch und ethisch ebenso komplizierten wie umstrittenen Frage festzulegen. Eine vom Werbefernsehen (ITV) veranstaltete Umfrage bei 500 Geistlichen zeigt jedoch, daß die Autoren des Berichts bei einem größeren Teil des Klerus

mit Zustimmung rechnen können. Nicht weniger als 40 Prozent anglikanischer Kleriker bekannten sich zum einseitigen Kernwaffenverzicht Großbritanniens.

Ein geheimes Dokument der äthiopischen Regierung mit detaillierten Ausführungsbestimmungen für die Ausrottung der Religion ist jüngst in den Westen gelangt und wurde am 9. Oktober in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt. Es handelt sich um einen Schulungsbrief für die Kurse in der 1975 gegründeten Kadetschule „12. Yekatit“. Dort wurden bereits nahezu 10 000 Kader ausgebildet; ihre Vollmachten in den Ortschaften sind groß, und sie bekommen ein hohes Gehalt. Das 29 Punkte zählende Programm umfaßt Maßnahmen gegen Einzelpersonen, Gemeinden und die Kirche insgesamt. So sollen z. B. für die Sonntagvormittage *obligatorische Gemeindeversammlungen* angesetzt, loyale Parteigenossen in die Kirchengruppen eingeschleust und *Kirchenbesuche verboten* werden; Kinder sind aufgefordert, ihre Eltern zu bespitzeln. Wenn der gewünschte Erfolg ausbleibt, sollen Kirchenführer ohne bestimmte Anschuldigungen verhaftet und ihre Gehälter ausgesetzt werden. Weitere Stufen sind die *Schließung von Kirchen*, das Umfunktionieren von Friedhöfen in Marktplätze und das *Einfrühen der Bankkonten* von Kirchen und Missionen. Trotzdem sollen die Funktionäre subtil vorgehen: einige Kirchen sollen geöffnet bleiben, „so daß noch gesagt werden kann, daß hier Religionsfreiheit herrscht“ und „im Interesse künftiger ausländischer Hilfe und des Tourismus“ soll es einigen Missionaren erlaubt sein, im Lande zu bleiben. Wenn es aber „absolut notwendig ist, einen wichtigen christlichen Führer loszuwerden, dann laßt ihn verschwinden“. Sein Tod soll nicht bekannt gegeben werden, so „werden Familie und Kirche hoffen, daß er am Leben ist, und vermeiden, Aufsehen zu erregen, um sein Leben nicht zu gefährden“.

Bücher

ARNO SCHILSON. *Theologie als Sakramententheologie*. Die Mysterientheologie Odo Casels. Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1982. 356 S. 48.- DM.

Mit seiner Arbeit geht es Schilson vor allem um zweierlei: Er will einmal das Werk Odo Casels als interessanten und gewichtigen Mosaikstein in der katholischen Theologie der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts würdigen. Gleichzeitig ist es ihm darum zu tun, die Schriften des Benediktiners von Maria Laach daraufhin abzuklopfen, ob sie Perspektiven dafür abgeben, wie heute unter veränderten Bedingungen Theologie als Sakramententheologie betrieben werden kann. In beiden Fällen wird die Arbeit fündig. Schilson kann deutlich machen, wie sehr es Casel um einen umfassenden Neuanfang der Theologie als Reaktion auf die herrschende Neuscholastik zu tun war, und ordnet diesen Ansatz auf eine aufschlußreiche Weise in das theologisch-geistige Gesamtklima nach dem Ersten Weltkrieg ein. Eigens untersucht wird das Verhältnis Casels zu anderen Leitgestalten der Liturgischen Bewegung. Herausgestellt werden als grundlegende Eigenarten der Mysterientheologie: Die normative Rolle des patristischen Denkens, das Verständnis der Theologie als „Gnosis“ und als „praktische Wissenschaft“ und die Konzentration auf die Sakramenten-

theologie. Schilson liefert als zweiten Schwerpunkt seiner Arbeit eine genaue und geschickt gegliederte Interpretation von Casels theologischem Denken, die seine Intentionen unter Bezugnahme auf heutige Fragestellungen und Begrifflichkeit der Sakramententheologie behutsam nachzeichnet und auch auf die Schwachstellen des Ansatzes aufmerksam macht. Damit wird Casel nicht vorschnell als „aktueller“ Theologe vereinnahmt, dennoch treten Linien ans Licht, die in der heutigen Diskussion über das Sakramentsverständnis weiter ausgezogen werden könnten. Textinterpretation und systematisch-sakramententheologische Fragestellung ergänzen sich auf fruchtbare Weise. Der systematische Ertrag freilich wird am Schluß nur sehr fragmentarisch-knapp formuliert. Schilson kommt übrigens bei der vieldiskutierten Frage nach Recht und Grenzen von Casels Deutung der christlichen Sakramente von den antiken Mysterien her zu dem Ergebnis, daß Casel dabei durchweg theologische, nicht religionsgeschichtliche Absichten verfolgt habe. Sein Bemühen, durch einen religionsgeschichtlichen Vergleich Mysterien und Sakramente in Beziehung zu setzen, bleibe ein zu seiner Zeit höchst aktueller Versuch, einen anthropologischen Ansatz zum Verständnis der Sakramente zu finden.